

# Stadt Merseburg

## Der Oberbürgermeister

### Niederschrift

Merseburg, 09.01.2026

über die 10. Sitzung des Finanzausschusses  
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

|         |            |         |                 |
|---------|------------|---------|-----------------|
| Datum:  | 13.11.2025 | Ort:    | 06217 Merseburg |
| Beginn: | 17:00 Uhr  | Straße: | Burgstraße 1    |
| Ende:   | 22:43 Uhr  | Raum:   | Plenarsaal      |

#### Anwesende Mitglieder:

|                      |                       |
|----------------------|-----------------------|
| Marcus Turré         | Ausschussvorsitzender |
| Rüdiger Abitzsch     | Mitglied              |
| Uwe Arendt           | Mitglied              |
| Dr. Halina Czikowsky | Mitglied              |
| Lucas Geyer          | Mitglied              |
| Tino Haring          | Mitglied              |
| Manuela Krause       | Mitglied              |
| Dr. Lutz Kuhne       | Mitglied              |
| Peter Lipinski       | Mitglied              |
| Stefan Plack         | Mitglied              |
| Matthias Kreisel     | Mitglied              |

in Vertretung von Seifert,  
Bernd

#### Vertreten werden:

Bernd Seifert Mitglied

wurde vertreten durch Kreisel,  
Matthias

#### Anwesende der Verwaltung:

Herr Müller-Bahr, Oberbürgermeister  
Frau Findeisen, Leiterin Geschäftsbereich III  
Herr Gatzlaff, Leiter Geschäftsbereich II  
Herr Drießen, Amtsleiter Stadtentwicklungsamt  
Frau Skládal, Leiterin Rechtsamt  
Herr Ebert, Leiter RPA  
Frau Drechsel, Leiterin Straßen- und Grünflächenamt  
Herr Lukesch-Heinicke, Ortsbürgermeister Kötzschen  
Herr Schüler, Leiter Jugend- und Sportamt  
Frau Witzel, Leiterin Hauptamt  
Frau Sperk-Haueis, Sachgebietsleiterin Haushalt  
Frau Kirchhoff-Weise, Leiterin Amt für Finanzen  
Herr Wolter, Leiter Kulturamt  
Herr Voigt, Leiter ADV  
Frau Benke, Leiterin Gebäude- und Liegenschaftsamt  
Herr Warnicke, Sachgebietsleiter Straßen- und Grünflächenamt  
Frau Schütze, Sitzungsdienst

#### Gäste:

Herr Borges, Agentur In Move GmbH  
Herr Zieger, Ortsbürgermeister Trebnitz  
Frau Mißberger, Ortsbürgermeisterin OT Beuna  
Herr Eichelmann, Stadtrat  
Mitteldeutsche Zeitung

## **Tagesordnung**

| <b>TOP</b> | <b>Thema</b> |
|------------|--------------|
|------------|--------------|

|  |                            |
|--|----------------------------|
|  | <b>Öffentliche Sitzung</b> |
|--|----------------------------|

|           |                           |
|-----------|---------------------------|
| <b>1.</b> | <b>Beginn der Sitzung</b> |
|-----------|---------------------------|

|     |                                                                                           |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1.1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------|

|     |                                                                    |
|-----|--------------------------------------------------------------------|
| 1.2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung |
|-----|--------------------------------------------------------------------|

|           |                                           |
|-----------|-------------------------------------------|
| <b>2.</b> | <b>Beratungen in öffentlicher Sitzung</b> |
|-----------|-------------------------------------------|

|     |                      |
|-----|----------------------|
| 2.1 | Einwohnerfragestunde |
|-----|----------------------|

|     |                                                                                     |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------|
| 2.2 | Information und Diskussion zur Einnahmeerhöhung Schlossfest 2026<br>BE: Herr Borges |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------|

|     |                                   |
|-----|-----------------------------------|
| 2.3 | Informationen der Stadtverwaltung |
|-----|-----------------------------------|

|     |                                                               |
|-----|---------------------------------------------------------------|
| 2.4 | Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder |
|-----|---------------------------------------------------------------|

|     |                                                             |
|-----|-------------------------------------------------------------|
| 2.5 | Vorstellung und Beratung zum Investitionshaushalt 2026/2027 |
|-----|-------------------------------------------------------------|

|     |                        |
|-----|------------------------|
| 2.6 | Schließung der Sitzung |
|-----|------------------------|

## **Protokolltext**

### **Öffentlicher Teil**

#### TOP 1. Beginn der Sitzung

##### TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Turré eröffnet die 10. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder, Amtsleiter, Gäste, Mitteldeutsche Zeitung und Herrn Borges von der In-Move-GmbH. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von 11 Mitgliedern des Ausschusses sind zu Beginn der Sitzung 10 anwesend.

##### TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung. Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

#### TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

##### TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Turré eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17:04 Uhr. Es gibt keine Einwohneranfragen. Herr Turré schließt die Einwohnerfragestunde um 17:04 Uhr.

##### TOP 2.2 Information und Diskussion zur Einnahmeerhöhung Schlossfest 2026

BE: Herr Borges

**Herr Gatzlaff** führt kurz in das Thema ein. Es wird immer mal wieder über die Schlossfestspiele und die Kosten diskutiert. Im Finanz- und Bildungsausschuss wurde sich darauf verständigt, dass die Schlossfestspiele mit dem gleichen Budget wie 2025 wieder stattfinden sollen. Die Aufträge dafür werden aktuell erteilt. Diskutiert wurde auch, wie man die Einnahmesituation verbessern kann. Deswegen ist heute Herr Borges von der In-Move-GmbH hier. Die Agentur hilft bei der Künstlerakquise. Herr Borges steht heute für Fragen zur Verfügung.

**Herr Turré** bittet Herrn Borges zu erläutern, welche Funktionen und Aufgaben die Agentur hat, wie die Entwicklung aussieht und wo die zukünftigen Herausforderungen liegen.

**Herr Borges** sagt, dass er für die Organisation der Bandprogramme und die Vorortbetreuung der Künstler zuständig ist. Ich nutze dafür meine langjährige Erfahrung als Kultur- und Festivalveranstalter, um Bands nach Merseburg zu holen die normalerweise schwer zu buchen sind und dies zu bestimmten Preisen, die man auf dem Markt sonst nicht bekommt. Perspektivisch ist das Schlossfest eine sehr wichtige Veranstaltung, besonders für die Region hier und ist ein Zugmagnet für die Stadt Merseburg, besonders bei den Besucherzahlen.

**Herr Turré** bemerkt, dass man sich bei dem Schlossfestwochenende bei rund 500 T€ Ausgaben bewegt und einem Defizit von 314 T€. Es ist ein Konflikt. Auf der einen Seite möchten wir ein wertiges Wochenende schaffen und da kommen wir von einem Volksfest von 100 T€ hin zu einem Format eines wertigen Volksfests mit Mittelalterrockfestival, allerdings mit einem deutlich erhöhten Defizit. Die Frage ist jetzt, wie kann man zwischen Wertigkeit und Außenwirkung und Beherrschbarkeit des finanziellen Rahmens irgendwo ein Gleichgewicht finden. Dies betrifft jetzt noch nicht das kommende Jahr, dort gibt es eine Sonderfreigabe des Oberbürgermeisters. Es ist die Frage, gibt es eine Alternative zu 300T€ Defizit oder gar keine mehr. Zum Beispiel kosten die Tickets an drei Tagen weniger, als einzelne Bands an einem einzigen Konzert.



**Herr Borges** erklärt, dass er Gagen aushandelt die deutlich niedriger sind als die, die die Bands normalerweise bekommen. Wenn einzelne Bands in Clubs oder Hallen auftreten, kosten sie meist das Doppelte an Gage. Falls jetzt der Eintrittspreis massiv angehoben werden würde, hätte das zur Folge, dass auch die Gagen der Bands deutlich steigen und man würde das Programm mit dem Umfang und der Wertigkeit nicht mehr hinbekommen. Die Preise die wir hier zahlen sind sehr günstig.

**Herr Eichelmann** stellt sich die Frage, wie Tourbusaffin die Headliner sind. Muss die Stadt hier Hotels anmieten?

**Herr Borges** antwortet, dass es üblich ist, eine Gage zu bezahlen und dann übliche Nebenkosten dazu kommen. Ein Nightliner kostet z.B. zwischen 3.000 und 4.000 € pro Tag, dies lohnt sich für die wenigsten Bands. Ein großes Argument für den Ticketverkauf ist auch die Einrichtung eines Campingplatzes.

**Herr Eichelmann** fragt, ob man nicht die Händlermeile im Schlossgarten noch attraktiver gestalten könnte, um eventuell damit auch die Einnahmen zu steigern.

**Herr Wolter** antwortet, dass dies sehr intensiv diskutiert wurde und verschiedene Varianten vorgeschlagen wurden. Es wurde versucht, den Mittelaltermarkt zu trennen und einen anderen Eintrittspreis anzubieten. Im Endeffekt wurde festgestellt, dass dies enorme Mehrkosten verursacht.

**Herr Borges** bemerkt dazu, dass das Besondere diese Gemeinschaft zwischen einem Festival und einem Mittelaltermarkt auf einem Platz ist. Dies ist, was die Leute schätzen, da das Programm sehr abwechslungsreich ist, dies hat man nicht überall so optimal wie in Merseburg.

**Herr Turré** fragt, wie Herr Borges die bisherige Vorbereitung des nächsten Schlossfestes einschätzt.

**Herr Borges** antwortet, dass er auf jeden Fall garantieren kann, dass ein sehr attraktives und breit gefächertes Programm zu einem fairen Preis angeboten werden kann.

**Herr Gatzlaff** bittet den Ausschuss heute um eine Rückmeldung zum Eintrittspreis. Wenn der Vorverkauf am 06.12.2025 starten soll. Dazu braucht es eine schnelle Entscheidung oder einen Hinweis. Bis jetzt ist es so, dass der Eintrittspreis bleiben soll. Deswegen wäre heute ein Hinweis gut, bleibt es auch weiterhin so.

**Herr Turré** sagt, dass er es gern ordentlich hätte. Er hätte erwartet, dass ein Vorschlag von der Verwaltung oder eine Beschlussvorlage im nächsten Ausschuss vorgelegt wird.

**Herr Gatzlaff** macht dazu folgenden Vorschlag:

1. Erhöhung des Eintrittspreises an der Abendkasse um 10%.
2. Prüfung und Abfrage anderer Ticketanbieter, ob niedrigere Vorverkaufsbühren möglich sind.

**Herr Gatzlaff** fragt Herrn Borges, ob er damit einverstanden wäre.

**Herr Borges** stimmt dem Vorschlag zu, es ist grundsätzlich besser, wenn der Abendkassenpreis deutlich höher ist, als der im Vorverkauf.

Auch Herr Wolter sieht die Anpassung der Vorverkaufsticketpreise als positiv an. Er befürwortet eine behutsame Anpassung. Was den Vertrieb über andere Ticketanbieter angeht, wird



bereits seit zwei Jahren versucht, einen neuen Ticketanbieter zu finden, was aber leider bisher nicht gelungen ist. Er sichert erneute Prüfung zu.

**Herr Turré fasst noch einmal zusammen.** Die Empfehlung des Finanzausschusses ist eine moderate Preiserhöhung, Stärkung des Vorverkaufes, Erhöhung der Eintrittspreise an der Abendkasse und Prüfauftrag an die Verwaltung, ob es alternative Ticketanbieter mit günstigeren Vorverkaufsgebühren gibt.

**Herr Turré lässt über die Empfehlung abstimmen.**

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Anwesend:          | 11 |
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Ja-Stimmen:        | 10 |
| Nein-Stimmen:      | 0  |
| Stimmenthaltungen: | 1  |

**Der Finanzausschuss stimmt der Empfehlung einstimmig zu.**

Es wird eine entsprechende Beschlussvorlage für den Ausschuss vorbereitet.

TOP 2.3 Informationen der Stadtverwaltung

Es gibt keine Informationen der Stadtverwaltung.

TOP 2.4 Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Informationen oder Anregungen der Ausschussmitglieder.

TOP 2.5 Vorstellung und Beratung zum Investitionshaushalt 2026/2027

**Herr Müller-Bahr** führt in die Haushaltsdiskussion zum Investitionshaushalt 2026/2027 ein. Allen Ausschussmitgliedern liegt eine aktuelle Gesamtinvestitionsliste vor.

Es gibt verschiedene Schwerpunkte auf der Liste, zum einen ist es die Fortführung von bestehenden Projekten, wie die Sanierung des Schlossgartensalons, wo es weiterhin Fördermittel gibt und empfohlen wird diese weiterzuführen. Wir haben Großprojekt in die Planung aufgenommen, wie die neue Schwimmhalle den neuen Betriebshof, den Masterplan Südpark und die Sanierung der Leunaer Straße. Außerdem wird das Straßenausbauprogramm weiter fortgeführt und es gibt noch verschiedene Augenmerke, wie das Startchancenprogramm und die Digitalisierung und Sanierung an den Schulen. Dies ist der grobe Rahmen, neben den wiederkehrenden Ausgaben. Die Projekte wurden in der vorliegenden Liste nach Finanzierungsmöglichkeit aufgeschlüsselt. Dies findet sich bei Einzahlungen wieder, unter der Spalte Förderung findet man den Fördertitel. Dort fällt auch das Sondervermögen auf. Die Schwimmhalle findet man nicht in der Liste, dies wird später noch Thema sein. Der Betriebshof sieht als Förderung einen Investkredit vor. Außerdem findet man die Förderung der Start-Chancen-Programme und auch die Städtebauförderung. Die LED-Beleuchtung wurde mit aufgenommen und auch die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes. Der Schlossgartensalon wird weiter gefördert und der Neubau des KIZ Rosental wurde aufgenommen. Die gesamte Liste kann in den einzelnen Positionen erläutert und besprochen werden.

Noch ein Blick auf das Sondervermögen Investkredit. Diese Liste wurde den Stadträten gestellt und dürfte bekannt sein. Die Ausgaben für den zentralen Betriebshof werden hier als ein Projekt zusammengefasst. Hier wird vorgeschlagen, dies als kommunalen Investkredit aufzunehmen. Hier laufen ja bereits die gesamten Prozesse und sind Eigenmittel aus dem bestehenden Haushalt. Außerdem das Sondervermögen, dies sind alles Infrastruktursachen. Hier der Vorschlag, die Hälfte für solche Infrastrukturprojekte vorzusehen und die andere Hälfte für



den Neubau der Schwimmhalle. Dazu gab es einen Beschluss im SBUW-Ausschuss, der besagt, dass 50% des Sondervermögens für die Schwimmhalle verwendet werden sollen. Wenn man dem folgen würde, könnte man sagen, dass in den folgenden 3 Jahren das Sondervermögen verwendet werden kann. Einmal zu 50% für den Bau der Schwimmhalle und die anderen 50% wären heute noch zu beraten in Form von Infrastrukturmaßnahmen. Zur Schwimmhalle schlägt die Verwaltung aus den Beratungen heraus vor, sehr zeitnah einen Grundsatzbeschluss für die Dezembersitzungen des Finanz- und Hauptausschusses am 11.12. und dem Stadtrat am 18.12. zu erarbeiten und zu beschließen. Grundsatzbeschluss deshalb, weil Mittel aus der Sportmilliarde bis zum 15.01.2026 beantragt werden müssen. Dazu ist der Grundsatzbeschluss notwendig. Des Weiteren soll mit diesem Stadtratsbeschluss auch eine Geberkonferenz eingeleitet werden. Das Projekt Schwimmhalle muss dringend vorangetrieben werden und alle Beteiligten ins Boot geholt werden, der Zustand der Schwimmhalle wird immer schlechter. Die Empfehlung dieses Grundsatzbeschlusses wird sein, dass die Planungen an die MWS/Stadtwerke übertragen werden sollen. Dort sind auch die Kapazitäten vorhanden, was in der Verwaltung nicht möglich wäre. Es zwischen 27 und 30 Mio. € Kosten für die Schwimmhalle gerechnet mit Blick auf 2030 sind die Kosten hochgerechnet auf die kommenden Jahre. Die Stadtverwaltung empfiehlt dem Stadtrat weiterhin die Gründung eines Sondergremiums für das Projekt Schwimmhalle, dies könnte über den Beschluss am 18.12. definiert werden. Dazu wird die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten.

**Herr Turré** dankt dem Oberbürgermeister für die Einführung. Die Schwimmhalle, zusammen mit dem Bauhof wird ein Projekt sein, welches den Stadtrat und die Verwaltung über viele Jahre beschäftigen wird, mit 30 Mio. € für die Schwimmhalle und rund 15 Mio. € für den Bauhof. Für diese zwei Projekte liegt das Investitionsvolumen enorm hoch. Es ist ein Kraftakt. Man muss auch schauen, was die sonstige Leistungsfähigkeit über diese beiden Projekte hinweg hinaus betrifft. Zur Schwimmhalle hat der SBUW-Ausschuss nicht nur beschlossen, dass die Hälfte des Sondervermögens einzuplanen ist, sondern auch angeregt, dass auch andere Städte und Gemeinden einzubeziehen und zu beteiligen sind.

**Herr Turré** schlägt im Anschluss vor, die Liste nach den einzelnen Positionen und nach Ämtern abzarbeiten. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

**Herr Müller-Bahr** erläutert die einzelnen Positionen der Gesamtinvestitionsliste ausführlich. Zu den aufgeführten Positionen der Teilpläne gab es Hinweise und Anfragen. Die FDP-Fraktion stellte Änderungsanträge zur Gesamtinvestitionsliste. Die Änderungsanträge der FDP-Fraktion sind als **Anlage I** beigelegt.

#### Zur lfd. Nr. 64 - IT-Netzwerk Komponenten Ersatz

Herr Eichelmann fragt, inwiefern hier auch die Folgekosten mit abgeschätzt wurden und verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion, den Ansatz auf 12.000 € p.a. zu ändern.

**Herr Voigt** erläutert den Planansatz. Der Kontext der drei vorliegenden Änderungsvorschläge ist im Prinzip immer der gleiche. Diese 3 I-Nummern betreffen den Ersatz von IT-Komponenten. Diese wurden aufgeschlüsselt, indem man sagt, es gibt Netzwerkkomponenten, IT-Ersatz und IT-Technik Ersatz für Grundschulen. Das sind jetzt die drei I Nummern die als Änderungsantrag eingebracht wurden. Diese Gelder stehen seit vielen Jahren im Haushalt drin und werden nur bei Bedarf verwendet, deshalb brauchen wir diese Mittel, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung schnell wieder herzustellen. In der IT-Abteilung wird nichts auf Lager gelegt, es wird auf Bedarf gekauft. Was die Kürzung betrifft, sieht Herr Voigt Schwierigkeiten bei den Netzwerkkomponenten, eine Firewall kostet z.B. 10.000 €, eine Switch 5-6T€. Wenn schon zwei dieser Geräte kaputt gehen würden, bekämen wir schon Probleme. Er empfiehlt hier keine Streichung. Bei der IT-Technik Ersatz gibt es aus Sicht von Herrn Voigt keine Probleme bei der Streichung, auch der bei der Position IT-Technik Grundschulen Ersatz sieht Herr Voigt keine großen Probleme und ist mit der Reduzierung einverstanden.



**Herr Turré** sagt, wenn der Fachmann Kompromissbereitschaft signalisiert, nehmen wir das gerne an und folgen der Empfehlung.

Die FDP-Fraktion nimmt den Antrag zurück.

Es verbleibt beim Planansatz von 15.000 € p.a.

Zur lfd-Nr. 35 - IT-Technik Ersatz

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag den Planansatz von 15.000 € p.a. auf 12.000 € p.a. zu reduzieren.

Das Fachamt stimmte der Anpassung zu. Der Planansatz wird auf 12.000 € p.a. geändert.

Zur lfd-Nr. 31 - IT-Technik Grundschulen Ersatz

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag den Planansatz von 25.000 € p.a. auf 20.000 € p.a. zu reduzieren.

Das Fachamt stimmte der Anpassung zu. Der Planansatz wird auf 20.000 € p.a. geändert.

Zur lfd-Nr. 34 - PC Rollout

**Herr Arendt** fragt, wie hier eine so große Summe zustande kommt. Er ist der Meinung, dass man als Großeinkäufer die Geräte preiswerter erhalten kann.

**Herr Voigt** erklärt dazu, dass man schon anständige Notebooks für die Mitarbeiter anschaffen möchte, hier redet man nicht von Geräten für 500 bis 600 €. Mit Dockingstation wäre man dann schnell bei 900 bis 1000 € für ein Gerät. Die Preise wurden kalkuliert und sind auf dem Markt so. Gekauft werden sie direkt bei der kommunalen IT-Union, die dann die Ausschreibung durchführt.

**Herr Arendt** nimmt die Erläuterung zur Kenntnis, bittet aber um nochmalige Prüfung durch das Fachamt. Zur Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses am 11.12.2025 soll dies durch das Fachamt erfolgen.

Zur lfd-Nr. 43 - VOIS Trevis

Die FDP-Fraktion schlägt hier vor, den Ansatz auf Null zu setzen, VOIS Trevis ist ein Ticket-system innerhalb der Stadtverwaltung, die vorhandene Software funktioniert, wenn auch manchmal mit Macken.

**Frau Findelsen** erklärt dazu, dass dieses System erhebliche Mängel hat, es hat den Vorteil, dass in einem einheitlichen System gearbeitet werden kann. Im Ticketsystem bucht man einen Termin, als Bürger auf der Webseite.

**Frau Schulenberg** erläutert weiterhin, dass es in den letzten Monaten zu erheblichen Systemausfällen kam, es war keine Buchung von Außenterminen möglich. Die Bürgerbeschwerden mehren sich verständlicherweise. Weiterhin besteht seit drei Wochen das Problem, wenn Termine von Bürgern abgesagt werden, ist es nicht möglich diesen Termin zu löschen, was dazu führt, dass freigewordene Termin von außen nicht buchbar sind. Daraus hat sich jetzt eine Wartezeit von 7 Wochen ergeben, die nicht sein müssen. Der Systemanbieter bekommt dieses Problem einfach nicht in den Griff. Bei VOIS Trevis würde man eine Stadtlizenz bezahlen und die gesamte Stadtverwaltung kann dann das System nutzen. Dies wäre auch für das Wohngeld, für das Standesamt und bei der öffentlichen Ordnung möglich. Mit dem jetzigen System ist man nicht mehr arbeitsfähig.



**Herr Kreisel** bemerkt, dass die Notwendigkeit sehr anschaulich dargestellt wurde und jeder kann nachvollziehen, dass es notwendig ist. Könnte man dann die großen Investitionen in den Schulen etwas nach hinten nehmen um das Einwohnermeldeamt früher arbeitsfähig zu machen.

**Herr Gatzlaff** antwortet, dass dies möglich wäre aber nicht zweckmäßig aus einem ganz einfachen Grund. Die Investitionen in den Schulen sollen komplett in einem Zuge mit dem Start-Chancen-Programm einhergehen. Das Ziel ist, alle Schulen als Ganzes auszuschreiben um enorme Mehrarbeit zu verhindern.

**Herr Turré** stellt fest, dass es gut begründet wurde, warum der Ansatz für VOIS Trevis bleiben sollte. Der Ausschuss wünscht eine Prüfung, ob eine andere Prioritätensetzung möglich wäre um das Einwohnermeldeamt schneller arbeitsfähig zu machen.

**Herr Arndt** fragt, wie sich die große Summe für die Grundschulen zusammensetzt.

**Herr Gatzlaff** wird Herrn Arendt dazu eine Auflistung zukommen lassen.

**Herr Turré** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion, Streichung VOIS Trevis abstimmen:

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 4  |
| Nein-Stimmen:      | 6  |
| Stimmenthaltungen: | 1  |

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Der Planansatz bleibt bei 32.000 € (2027).

Zur lfd-Nr. 9 - Schlossgartensalon Sanierung

Frau Pfeifer gibt hier den Hinweis, dass die Städtebauförderung hier 80 % beträgt.

Zur lfd-Nr. 58 - Altes Rathaus Konferenztechnik

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Planansatz von 40.000 € (2026) auf 20.000 € (2026) zu reduzieren und 10.000 € (2027; mit Sperrvermerk).

**Der Oberbürgermeister** erklärt, dass die Technik im Ratssaal veraltet ist, teilweise ausfällt bei Aufzeichnungen und die Raummikrophone nicht aufzeichnen. Es gibt große Probleme bei der Protokollierung.

**Herr Turré** merkt an, dass die Planung auch Tischmikrophone beinhalten sollen.

**Herr Eichemann** sagt, dass die FDP-Fraktion vorschlägt für 2026 20.000 Euro als Ansatz zu nehmen. Mit diesem Betrag, kann man die wichtigsten Sachen vorerst umsetzen. Der Umfang sollte aber begrenzt werden. Für 2027 schlägt die FDP-Fraktion einen Sperrvermerk von 10.000 Euro vor.

**Herr Turré** stimmt dem zu, der Stadtrat sollte seine eigene Arbeit kostengünstig für den Bürger erbringen und sollte es mit dem geringeren Geldbetrag probieren. Es muss aber eine einwandfreie Aufzeichnung der Sitzungen möglich sein.

**Herr Arendt** gibt Herrn Turré recht. Er stellt einen Änderungsantrag, den Ansatz auf 10.000 Euro (2026) zu senken. Man kann defekte Geräte austauschen.

**Herr Müller-Bahr** erklärt dazu, dass dies nach Prüfung von Technikern nicht mehr möglich ist und eine Neuanschaffung empfohlen wird.

**Herr Turré** stellt den Antrag von Herrn Arendt zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 4  |
| Nein-Stimmen:      | 7  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 11 |
| Nein-Stimmen:      | 0  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zur lfd-Nr. 89 - GS Albrecht Dürer Fernwärmanschluss

**Frau Benke** erklärt dazu, dass der jetzige Fernwärmeanschluss in einen Kellerbereich hinein- kommt und so marode ist; dass er dort nicht mehr belassen werden kann. Es muss eine Än- derung vorgenommen werden, dies wurde bei den Stadtwerken angezeigt um dort eine Lö- sung zu finden. Die Kostenschätzung beträgt lt. Stadtwerke 70.000 Euro. Demzufolge wurde es im Haushalt 2026 mit vorgelegt. Es muss zwingend in 2026 eine Entscheidung dazu getrof- fen werden.

**Herr Eichelmann** merkt an, dass hier auch der Landkreis mit in die Pflicht genommen werden sollte.

**Herr Gatzlaff** erklärt, dass es mit dem Landkreis eine Vereinbarung gibt, es werden nur die Betriebskosten in Rechnung gestellt.

Zur lfd-Nr. 5 - Ankauf Grundstücke

**Herr Eichelmann** sagt, dass die FPD-Fraktion vorschlägt, die Mittel jedes Jahr zu halbieren. Große Grundstücksankäufe müssen sowieso im Stadtrat beschlossen werden.

**Herr Turré** merkt an, dass damit das Geld auf der aktiv Seite der Bilanz bleibt, insofern wäre es unschädlich. Herr Turré stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 9  |
| Nein-Stimmen:      | 2  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |



Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Zur lfd-Nr. 112 - Altes Rathaus Erneuerung Beleuchtung nach Energiesparverordnung

**Herr Eichelmann** sagt, dass die FDP-Fraktion den Antrag stellt, die Mittel von 30.000 € (2026) auf 10.000 (2026) Euro zu kürzen. Er kann sich nicht erklären, wo 30 TEuro für die Beleuchtung herkommen sollen.

**Herr Gatzlaff** erklärt dazu, wenn es nur der Ersatz der Glühbirnen wäre ginge es. Es geht um die Dimmbarkeit, dies ist eine extra Technik. Es geht auch um die Leitungen im Alten Rathaus. Herr Gatzlaff empfiehlt es bei dem Ansatz zu belassen.

**Herr Turré** lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 3  |
| Nein-Stimmen:      | 6  |
| Stimmenthaltungen: | 2  |

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Zur lfd-Nr. 48 - Ortswehr Geusa Neubau Fahrzeughalle und Sozialräume

**Frau Findelsen** erklärt dazu, dass es hier eine Veränderung gibt. Es gab die Information dazu, dass es einen 4. Fördermittelauftrag für die LEADER Förderperiode geben wird. Es können zwei Stellplätze gefördert werden. Es besteht hier die Möglichkeit 800 T€ Fördermittel einzuwerben. Der Fördermittelantrag müsste bis 28.02.2026 gestellt werden.

**Herr Turré** bemerkt, dass dementsprechend die Nummer I-502719 als Projekterweiterung unter der Bedingung einer LEADER Förderung neu geplant werden müsse. Dies ist eine redaktionelle Fortschreibung.

Zur lfd-Nr. 100 - KIZ Rosental Neubau

**Herr Turré** merkt hier an, dass mit sehr großem Steuergeldaufwand, Wohngebäude, Sportanlagen und deren Umfeld saniert, anschließend aber nur für den Schulbetrieb genutzt wird. Er sieht es kritisch, dass diese Anlage, die sehr hochwertig sind, dann den Anwohnern und Kindern im Umfeld nicht zur Verfügung stehen. Aufgrund des hohen Wertes des Projektes sollte dies in den Fachausschüssen besprochen werden.

**Herr Kreisel** ist ebenfalls dieser Meinung. Es gibt hier ein Volumen von 1,5 Mio. €. Es ist richtig und wichtig, dass das KIZ weiter betrieben wird, aber die Frage stellt sich, wie wird es ausgestaltet und muss es in diesem Umfang sein.

**Herr Turré** sagt, es wird nicht das Projekt in Frage gestellt, aber in der Umsetzung sollte man in den Fachausschüssen in die Detaildiskussion gehen. Herr Turré macht den Vorschlag, das Thema am 11.12.25 auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu setzen. Die Verwaltung soll dort weitere Informationen zu den 1,5 Mio. € Baukosten geben.

**Die Sitzung wird für 20 Minuten unterbrochen.**

#### Zur lfd-Nr. 11 - Meuschauer Straße

**Herr Eichelmann** hält das Stück Meuschauer Straße im Sinne des Sondervermögens für nicht so dringlich, dass man dies 2026 umsetzen müsste und möchte den Planansatz auf 0 € reduzieren.

**Frau Drechsel** erläutert dazu. Wir sind in der Meuschauer Straße schon in den Planungsendzügen. Es geht hier um den Bürgermeisterkanal. Es ist kein großes Projekt unsererseits, es ist die Befestigung der Straße um dies endlich zu schließen und die Regenentwässerung dort zu gewährleisten, denn es ist teilweise auch Überflutungsgebiet bzw. durch die unbefestigten Straßen können diese teilweise gar nicht befahren werden. Der Ringschluss ist straßentechnisch aus unserer Sicht notwendig und auch zur Regenentwässerung der gesamten Oberfläche notwendig.

Herr Eichelmann zieht den Antrag zurück.

#### Zur lfd-Nr. 59 - PKW (Folierung Ordnungsamt)

Herr Warnicke erläutert dazu, dass hierzu bereits ein Kostenangebot vorliegt und deshalb die Investitionsnummer nicht benötigt wird. Die Investition kann noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Die Investitionsnummer wird vom Fachamt gestrichen.

#### Zur lfd.-Nr. 66 - MER Erlebnisspielplatz Weißenfelser Straße

Frau Drechsel erklärt dazu, dass hier zurzeit die Grundlagenermittlung und Vorplanung vorgenommen wird um das ganze Projekt dem Rat dann vorstellen zu können.

#### Zur lfd-Nr. 130 - Geschwindigkeitsanzeigen

Die FDP-Fraktion beantragt, den Planansatz auf 0 € zu reduzieren.

**Herr Eichelmann** fragt, wo diese Tafel installiert werden soll.

**Herr Müller-Bahr** antwortet, dass es eine mobile Tafel sein soll, die an den verschiedensten Stellen eingesetzt werden kann. Dies soll getestet werden und Erfahrungen dazu gesammelt werden.

**Frau Drechsel** sagt, dass man in anderen Kommunen sehr gute Erfahrungen mit diesen Wechselgeschwindigkeitsanzeigen gemacht hat. Man hat den Mehrwert, dass die Bevölkerung aktiv auf die Geschwindigkeit hingewiesen wird. Es hat immer einen positiven Aspekt, wenn diese Anzeigen z.B. vor Schulen oder Ortseingängen eingesetzt werden.

**Herr Eichelmann** zieht den Antrag zurück. Der Planansatz bleibt bei 5.000 € (2026).

#### Zur lfd-Nr. 118 - Masterplan Südpark

**Herr Müller-Bahr** teilt dazu einige Veränderungen mit. Es gibt eine gute und eine Schlechte Nachricht. Grob zusammengefasst heißt das, wir bekommen die komplette Fördersumme. Die schlechte Nachricht ist, dass das Sozialtraktgebäude nicht förderfähig ist. Wir dürfen so viel ausgeben mit derselben Förderquote, aber das Gebäude muss herausgenommen werden. Das Konzept wurde dahingehen überarbeitet. Der Vorschlag ist, dieses Gebäude über Sondervermögen zu bauen. Es wird ein sehr einfaches, überschaubares Gebäude mit Flachdach. Einfach aber zweckmäßig. Die Kosten betragen ca. 1 Mio. Euro. Deshalb ändern sich die I-Nummern wie folgt:



1. Lfd.-Nr. 118 I-Nr. 602658 M Wildtierhaus Luchsgehege:

|                  |         |      |                  |         |      |
|------------------|---------|------|------------------|---------|------|
| Einzahlung 2026: | 436.000 | Euro | Auszahlung: 2026 | 146.000 | Euro |
| Einzahlung 2027: | 371.000 | Euro | Auszahlung: 2027 | 464.000 | Euro |

2. Lfd.-Nr. 119 I-Nr. 602659M Masterplan Südpark Infrastruktur:

|                  |         |      |                  |         |      |
|------------------|---------|------|------------------|---------|------|
| Einzahlung 2026: | 500.000 | Euro | Auszahlung: 2026 | 500.000 | Euro |
| Einzahlung 2027: | 500.000 | Euro | Auszahlung: 2027 | 500.000 | Euro |

**Herr Müller-Bahr** erklärt dazu, dass die Zahlen sehr realistisch sind, da die Planungen dazu weit fortgeschritten sind. Die Verpflichtungsermächtigung muss entsprechend angepasst werden, die restlichen Zahlen im Masterplan bleiben so.

Zur lfd.-Nr. 130 PKW (Amt 70)

**Herr Eichelmann** bittet um Erläuterung, warum dieses Fahrzeug notwendig ist und stellt den Antrag die Position zu streichen.

**Herr Warnicke** erklärt, dass es sich bei dem Fahrzeug für das Amt 70 um eine Ersatzbeschaffung handelt. Es läuft die Prüfung, wie Verwaltungsfahrzeuge umfänglich genutzt werden können. Es ist aber oft schwierig, bei den unterschiedlichen Stadtorten Synergieeffekte zu schaffen.

**Frau Schulenberg** bemerkt, dass sich zwei Sachgebiete die Fahrzeuge teilen. Bei der Anzahl der Mitarbeiter im Außendienst, werden diese Fahrzeuge dringend benötigt. Die Mitarbeiter müssen beweglich sein und fahren teilweise zu viert zum Einsatz. Durch die steigende Anzahl der Mitarbeiter ist man hier auf ein weiteres Fahrzeug angewiesen. Zurzeit gibt es nur zwei Fahrzeuge für zwei Sachgebiete.

**Herr Turré** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen,

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 10 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 1  |
| Nein-Stimmen:      | 9  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt. Der Planansatz bleibt bei 25.000 € (2026).

Zur lfd.-Nr. 128 – Trinkwasserbrunnen

**Herr Turré** äußert eine Bitte zum Trinkwasserbrunnen. Der Altstadtverein fragt an, ob es nicht möglich wäre, ob es der Franzosenbrunnen werden könnte.

**Herr Müller-Bahr** erklärt dazu, dass es schwierig wird, da es nicht das Gelände der Stadt ist und die Leitung die erneuert werden muss geht über ein Privatgrundstück. Es gibt hier schwierige Eigentumsverhältnisse.

Zur lfd.-Nr. 31 – Schillerplatz

**Herr Eichelmann** bemerkt, dass es seines Wissens nur zwei Hauseingänge dort am Schillerplatz betrifft. Er stellt den Antrag die Position zu streichen. Er bittet um Erklärung dazu.

**Herr Müller-Bahr** erklärt, dass unabhängig davon, dass bei Regen dort ein See und eine geschlossene Wasserfläche entsteht, geht dort die neue Trasse für die Regenwasserentwässerung für Kötzschen lang. Dieser Bereich wird ein großes Entwässerungssystem bekommen, da ganz Kötzschen über diese Straße entwässert wird. Dies ist eine Notwendigkeit um Kötzschen weiter zu bauen,

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag nach der Erläuterung zurück.

Zur lfd-Nr. 117 - Umgestaltung Gotthardstraße

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag die Position zu streichen.

**Herr Müller-Bahr** erläutert, dass es hier um Barrierearmut geht. Die Gotthardstraße war bereits im alten Haushalt schon drin. Die Gotthardstraße ist die am meisten bemängelte Straße in Merseburg. Von der Wahrnehmung ist es eine sehr wichtige Straße. Es wurde mehrere günstige Varianten geprüft, leider ohne Erfolg.

**Herr Dr. Kuhne** merkt an, dass er mit diesem Kostenfaktor ein Problem hat. Es ist gut, dass Reste des alten Gotthardttores erhalten blieben und auch das historische Pflaster. Wenn jetzt der Pflasterbelag geändert werden soll, glaubt Herr Kuhne missfällt das vielen Bürgern, auch ihm selbst. Er fragt, ob damals bei der Sanierung Fördermittel verwendet wurden. Hier muss seiner Meinung nach noch genauer nachgedacht, eventuell ein Konzept dazu entwickelt werden, aber nicht durch eine grundlegende Änderung eines historischen Pflasters.

**Herr Turré** bittet die Verwaltung dies kurz zu erläutern.

**Frau Drechsel** informiert darüber, dass kein Abschleifen des aktuellen Pflasters avisiert wird. Es soll der ebene Bereich an den Seiten an einer Seite erweitert. Diese Erweiterung wird in den im Kopfsteinpflasterbereich hineinreichen. Es müssen auch Außenbereiche angeboten werden, wie im Bereich des Eiscafés, hier geht es auch um die Wirtschaftsförderung der Händler in der Gotthardstraße, die diesen Bereich nutzen möchten. Hier geht es um einen Spagat, einen Bereich zu schaffen, der gerade ausreichend ist, um die Straße besser zu befahren. Der gerade Bereich wird erweitert. Dies ist der aktuelle Grundgedanke, wie man diesen Bereich auch sicherer gestalten kann. Alle Händler haben für die benutzten Flächen eine gültige Sondernutzung, sollte sie diese nicht haben, geht man aktiv dagegen vor.

**Herr Kreisel** merkt an, dass die Gotthardstraße schon oft Thema im Bauausschuss war. Er ist dafür, einen ordentlichen Betrag einzustellen, die Gotthardstraße hat es verdient, vernünftig erneuert zu werden. Über die Gestaltung sollte man noch mal reden.

**Frau Drechsel** erklärt weiterhin, dass die eingestellten Mittel für die Sanierung der Fahrbahnmitte nicht ausreichen. Ist dies gewollt ist zwingend eine Erhöhung notwendig. Nach 10 Jahren besteht hier auch keine Fördermittelbindung mehr.

**Frau Dr. Czikowsky** bemerkt dazu, dass zur Diskussion stand, die Gotthardstraße zu versiegeln. Das Kopfsteinpflaster bleibt, aber die Fläche wird versiegelt und das historische Pflaster bleibt im Grunde genommen erhalten. Es betrifft ja nicht nur die älteren Leute mit Rollator, sondern auch die jüngeren mit Kinderwagen.

**Frau Drechsel** antwortet, dass dies auch aktuell aus technologischer Sicht nicht machbar ist.

**Frau Krause** sagt, dass sich die AfD-Fraktion den Worten von Herrn Dr. Kuhne anschließt. Sie ist auch der Meinung, dass das historische Pflaster zum Flair der Altstadt dazugehört. Die Summe ist zu hoch und die Investition nicht notwendig.

**Herr Turré** möchte dies jetzt gern abkürzen. Er lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.



**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 5  |
| Nein-Stimmen:      | 6  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Turré schlägt vor, sich am 11.12. 25 noch einmal ausführlich darüber zu verständigen. Er bittet darum, dass die Verwaltung erläutert, was mit dem Geld passiert und wie weit es reicht.

**Zur lfd-Nr. 27 - Kauf Semistation (Blitzer)**

Die AfD-Fraktion stellt den Antrag diese Position zu streichen.

Herr Arendt merkt dazu an, dass hier jeder Sparvorschlag zurückgewiesen wird und man nicht bereit ist, an irgendeiner Stelle zu sparen und das bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt. Jetzt möchte man einen Blitzer anschaffen, der nicht gebraucht wird und das Geld dafür nicht zur Verfügung steht. Die Überwachung des fließenden Verkehrs ist eine Aufgabe der Polizei, die Pflichtaufgabe der Stadt ist der ruhende Verkehr. Er ist für eine Streichung der Mittel, es soll hier Geld ausgegeben werden, welches nicht zur Verfügung steht.

Herr Müller-Bahr erläutert, dass das geleaste Gerät jetzt gekauft werden soll.

Frau Findelsen erklärt darauf hin, dass im letzten Haushalt für Verkehrsüberwachungsmaßnahmen 1,4 Mio. Euro eingeplant wurden. Diese präventiven Maßnahmen sind eine Möglichkeit dem städtischen Haushalt etwas zurückzugeben. Das sollte gut überlegt werden. Mit der Semistation die eingesetzt wird, kann man bis zu 10 Tagen an einem Ort stehen und viele Bereiche flexibel überwachen. Man ist dadurch handlungsfähiger und der Personaleinsatz ist geringer.

Frau Schulenberg merkt noch an, dass sich diese Semistation nach einem Jahr amortisiert hat. Tatsächlich ist der Kauf dieser Station jetzt wirtschaftlicher als das Leasen und man hat 8 Jahre Gewährleistung darauf.

Herr Turré sagt, dass im vorangegangenen Haushalt eingepreist wurde, dass zwei Semistationen Einnahmen erbringen sollen, um die 8 Mitarbeiter in der Stadtwache zu refinanzieren. Deshalb wurde dem Ordnungsamt aufgetragen, die Einnahmen selber zu erwirtschaften. Dies wurde jetzt mit der Anschaffung der Semistation von der Verwaltung umgesetzt.

Herr Haring fragt hinsichtlich der Wartungsverträge, wie lange hat man Gewährleistung für die Nutzung des Blitzers?

Frau Schulenberg antwortet, dass es 8 Jahre sind und diese beim Kaufen oder Leasen gleich gut ist.

Herr Turré lässt über den Änderungsantrag von Herrn Arendt zur Streichung der 300.000 Euro für die Semistation abstimmen.

**Abstimmung:**

|                  |    |
|------------------|----|
| Stimmberechtigt: | 11 |
| Anwesend:        | 11 |
| Befangen:        | 0  |
| Ja-Stimmen:      | 3  |

Nein-Stimmen: 7  
Stimmenthaltungen: 1

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, der Planansatz bleibt bei 300.000 € (2026).

#### Zur lfd-Nr. 24 - Ausstattung Trauzimmer

Die FDP-Fraktion beantragt auch diese Position zu streichen.

**Frau Schulenberg** erläutert hier, dass das Mobiliar des Trauzimmers ca. 20 Jahre alt ist. Es liegt ein Kostenvoranschlag vor. Es werden 40 Stühle benötigt, etwas Extramobiliar für das Brautpaar und ein Schreibtisch. Hier kann man mit einer Pflichtaufgabe tatsächlich einen Mehrwert für Merseburg erwirtschaften. Das Fachamt empfiehlt deshalb keine Kürzung.

**Herr Turré** sagt, dass die Bürgerinnen und Bürger dafür bezahlen und haben deshalb auch Anspruch auf eine gewisse Leistung. Eventuell ist eine Anpassung der Satzung notwendig.

Herr Eichelmann zieht den Antrag der FDP-Fraktion zurück. Der Planansatz bleibt bei 23.000 € (2026).

#### Zur lfd-Nr. 44 - Atemschutzumrüstung Sprechmodule FW

**Frau Findeisen** erklärt, dass die Investitionsnummer gestrichen wird, dafür werden die Mittel für die Feuerwehrgarage eingesetzt.

#### Zur lfd-Nr. xx - Videoüberwachung öffentliche Plätze

**Herr Eichelmann** ist für die Streichung der Investition, er ist gegen die Überwachung von unbescholtenen Bürgern. Dies gilt insbesondere an öffentlichen Plätzen am Bahnhof. Er fragt, welche Orte es genau betrifft, den kompletten Bahnhof, Bahnhofsvorplatz oder den Busbahnhof. Er findet es sehr schwierig und sieht keinen Nutzen darin. Er bittet deshalb um eine Streichung.

**Herr Müller-Bahr** antwortet, dass es keine Überwachung ist, sondern eine Videoaufzeichnung von 72 Stunden mit automatischer Löschung. Es wird die Videoaufzeichnung vom Busbahnhof vorgeschlagen, da dort alleine im vergangenen Jahr 35.000 Euro Vandalismusschäden entstanden sind und man hofft, dass mit dieser Videoaufzeichnung diese jährlichen Schäden dauerhaft sinken. Für eine Aufzeichnung braucht es handfeste Gründe und diese sind hier gegeben. Sobald der Auftrag vorliegt wird er entsprechend geprüft und belegt. Die Klapplampe ist auch als Schwerpunkt zu sehen, dort gibt es bereits eine Videoaufzeichnungsanlage, die arbeitet. Die Tiefgarage und der Eingangsbereich werden aufgezeichnet. Auch für die Klapplampe gibt es zunehmende Bürgerbeschwerden und Anliegen, bezüglich der gefühlten Sicherheit bis hin zum Vandalismus.

**Herr Eichelmann** stellt trotzdem den Nutzen dieser Überwachung in Frage.

**Herr Turré** merkt an, dass diese drei Orte nicht auf Ewigkeit festgelegt sind, vielleicht entwickelt es sich noch auf anderen Lagen. Er hält den symbolischen Euro pro Anwohner für angemessen. Es ist ein Versuch wert und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird damit gestärkt.

**Frau Dr. Czikowsky** sieht den Nutzen ebenfalls nicht und verweist auf den Tunnel in der Lauchstädter Straße, wo seit Jahren ein Schild angebracht ist und der Tunnel trotzdem verschmutzt ist. Sie stellt den Nutzen ebenfalls in Frage.

**Herr Turré** lässt über den Antrag der FDP abstimmen.



**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 2  |
| Nein-Stimmen:      | 9  |
| Stimmenthaltungen: | 0  |

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Der Planansatz bleibt bei 35.000 € (2026).

Zur lfd.-Nr. 43 - Sportplätze

Die FDP-Fraktion beantragt folgende Änderung - 10.000 € (2026) und 5.000 € (2027).

**Herr Gatzlaff** erläutert, dass hier Anträge in Höhe von 700 TEuro gestellt wurden. Er empfiehlt den ohnehin schon minimalen Betrag im Haushalt zu belassen. Aber die Entscheidung, welchen Stellenwert der Sport hat, liegt bei den Stadträten.

**Herr Turré** fragt, ob dies nur vertragsfreie Sportvereine betrifft. Herr Turré möchte nicht, dass Vereine, die bereits Zuschuss erhalten nochmals dann Zuwendungen erhalten. Wichtig ist, dass es die vertragsfreien Sportplätze betrifft, es muss fair zugehen. Die drei, die Verträge haben sind davon ausgeschlossen.

**Herr Geyer** stellt den Änderungsantrag die Mittel für Sportplätze, die vertragsfrei sind zu erhöhen und den Haushaltsansatz auf 20.000 € für 2026 und 20.000 € für 2027 zu verdoppeln.

**Herr Eichelmann** zieht den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

**Herr Turré lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:**

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 10 |
| Nein-Stimmen:      | 0  |
| Stimmenthaltungen: | 1  |

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Zur lfd.-Nr. 13 - Licht- und Bühnenequipment Sitte Galerie

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag die Position zu streichen.

**Herr Eichelmann** schlägt hier die Streichung der Mittel vor. Das Gebäude ist zwar städtisch, aber es ist immer noch ein Verein, der sich gemeinnützig tragen muss, der aber auch Unterstützung von der Stadt erfährt. Hier könnte man die Zusammenarbeit mit Ständehaus und Technik dort intensivieren oder auch mobile Technik anschaffen.

**Herr Gatzlaff** erläutert, dass die Schwierigkeit darin besteht, dass die Technik momentan zwischen dem Ständehaus und der Sitte-Galerie immer hin und her bewegt wird. Ziel ist es, die Willi-Sitte-Galerie besser zu bespielen, es wäre eine Reduzierung des Aufwandes und des Personals. Es ist die Frage, wie man die Kultureinrichtungen der Stadt ausstatten möchte, damit sie besser bespielbar sind.

**Herr Wolter** erklärt dazu noch, dass das Foyer der Sitte-Galerie nicht im Mietvertrag enthalten ist. Hier sollen Lampen fest installiert werden, so dass man kein weiteres Mischpult benötigt

und man hat endlich eine Lichtsituation die von oben nach unten arbeitet. Damit möchten wir auch unsere Kulturvereine unterstützen und das kulturelle Leben verbessern und attraktiver gestalten.

**Herr Arendt** ist nicht dieser Meinung, die Vereine sollte ihre Technik selber anschaffen. Die Stadt kann nicht die Technik für Veranstaltungen für Vereine zur Verfügung stellen. Er findet den Betrag viel zu hoch und nicht zweckdienlich. Wenn man sich auch die anderen folgenden Beträge anschaut liegt man bei 100 TEuro Anschaffungskosten. Der Punkt ist aus seiner Sicht eindeutig zu streichen.

**Frau Dr. Czikowsky** bemerkt dazu, dass in der Willi-Sitte-Galerie viele Veranstaltungen der Stadt stattfinden und nicht nur des Vereines. Es ist eine Stadtangelegenheit.

**Herr Turré** sieht eine gewisse Sinnhaftigkeit, das Haus beispielbar zu machen, da damit auch Einnahmeerhöhungen verbunden sind.

**Herr Turré** stellt den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

|                    |    |
|--------------------|----|
| Stimmberechtigt:   | 11 |
| Anwesend:          | 11 |
| Befangen:          | 0  |
| Ja-Stimmen:        | 7  |
| Nein-Stimmen:      | 2  |
| Stimmenthaltungen: | 2  |

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Die Investition wird gestrichen.

Zur lfd-Nr. 21 - Aufnahme- und Übertragungstechnik

**Herr Arendt** fragt, wofür dieser Betrag verwendet werden soll.

**Herr Wolter** antwortet, dass dieser Betrag für die Social Media Vermarktung gedacht ist, zur Anschaffung einer modernen Digitalkamera. Diese könnte man vielfältig nutzen.

**Herr Arendt** stellt die Höhe der Mittel für die Anschaffung der Kamera in Frage. Durch die Verwaltung soll geprüft werden, ob eine kostengünstigere Variante möglich ist.

Zur lfd-Nr. 22 - Weiterentwicklung Rabenmotiv

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag die Position zu streichen.

**Herr Eichelmann** schlägt hier vor dies als In-House-Projekt mit Bürgerbeteiligung zu betrachten, Kinder wären dort die richtigen Ansprechpartner. Dort könnte man mit einem Schulwettbewerb etwas initiieren.

**Herr Müller-Bahr** erklärt dazu, dass dies bereits viele Jahre versucht wurde. Man benötigt es für die verschiedensten Projekte und in vielen Ausführungen, dies muss professionell erstellt werden. Hier geht es darum, einen Vertrag abzuschließen. Hier gibt es einen Künstler mit dem man bereits in Verhandlungen dazu steht.

**Frau Krause** weist darauf hin, dass bei Haushaltskonsolidierung damals das gesunde Frühstück für Kinder abgeschafft wurde. Jetzt wird hier über eine Weiterentwicklung des Rabenmotivs gesprochen. Warum ist dies notwendig?

**Herr Müller-Bahr** antwortet, dass es leider kein eigenes Motiv gibt, es gibt 40 verschiedene, aber kein eigenes für die Stadt. Er schlägt vor die Summe auf 4.000 Euro zu reduzieren.



Die FDP-Fraktion nimmt daraufhin den gestellten Antrag zurück.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu. Der Planansatz reduziert sich um 2.000 € (2026).

Zur lfd-Nr. 15 PA und Beschallungsequipment (mobil) Schlossgarten

Die FDP-Fraktion beantragt den Planansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

**Herr Gatzlaff** erklärt dazu, dass hier mobiles Equipment angeschafft werden soll, es geht um einen Ersatz der Technik die 20 Jahre alt ist. Der Schlossgartensalon muss gestrichen werden.

**Herr Haring** sagt zum Thema Kameratechnik etc., dass hier innerhalb der Verwaltung zentralisiert werden sollte. Hier sollte man in der Lage sein, teure Kamerageräte innerhalb einer Verwaltung auszutauschen und zu organisieren. Für den Beamer im Planetarium stellt sich Herr Haring die Frage, ob man bei der Kulturförderung des Landkreises Fördermittel dafür beantragen kann. Dies sollte man versuchen.

**Herr Turré** stimmt dem zu, es sollten entsprechende Förderprogramme beim Landkreis ausgeschöpft werden. Er möchte trotzdem die 7.000 Euro für das Planetarium belassen.

**Herr Arendt** bemerkt, dass er die 40.000 Euro für das Beschallungsequipment für völlig überdimensioniert hält. Er ist dafür hier den Betrag zu halbieren und denkt, dass der Ansatz viel zu hoch ist.

**Herr Gatzlaff** sagt, dass ein entsprechendes Angebot dazu vorliegt und man sich hier auf die Expertise verlässt. Die Frage ist, ob es uns das wert ist oder nicht. Kultur kostet viel, aber es ist dann ein besseres Marketing möglich. Herr Gatzlaff wird dies nochmals prüfen und am 11.12.2025 dazu im Finanz- und Hauptausschuss berichten.

**Herr Turré** fasst noch einmal zusammen. Der Vorschlag von Herrn Arendt, die Mittel zu halbieren wird nochmals im Ausschuss am 11.12.25 besprochen. Die Verwaltung hat damit die Möglichkeit den geplanten Umfang für die einzelnen Objekte noch einmal zu begründen und zu erläutern.

**Herr Turré** stellt fest, dass die Gesamtinvestitionsliste somit abgearbeitet ist. Der Ordnungs- und Umweltausschuss tagte am 10.11.25 und empfahl einstimmig die Wiederaufnahme der Stelle des Sachbearbeiters kritische Infrastruktur. Der SBUW-Ausschuss hat am 11.11.25 einstimmig beschlossen 50% aus dem Sondervermögen für die Schwimmhalle zu verwenden. Dies sind die Empfehlungen der bisherigen Ausschüsse. Wichtig ist, die heutigen Ergebnisse zeitnah für die nächsten Beratungen der Ausschüsse und Ortschaftsräte zusammenzufassen und zur Verfügung zu stellen.

**Frau Dr. Czikowsky** bemerkt nachdem die gesamten Investitionen besprochen wurde, ob die Verwaltung es personell schafft all diese Aufgaben zu bewältigen und abzuarbeiten. Sie befürchtet, dass es Probleme bei der Abarbeitung gibt. Sie möchte bis zum 11.12.2025 von den Amtsleitern noch wissen, was tatsächlich machbar und umsetzbar ist.

**Herr Turré** sagt dazu, dass die Verwaltung im SBUW-Ausschuss eine Liste mit dem Stand der tatsächlichen Ermächtigungsübertragungen vorgelegt hat. Dies wäre noch erklärungsbedürftig, würde aber heute den Rahmen sprengen. Er versichert, dass dort ein deutliches Abschmelzen erkennbar ist und stattgefunden hat. Dies kann in den nächsten Ausschüssen mit besprochen werden, dort kann man sich noch mit grundsätzlichen Fortschreibungsfragen befassen.

**Herr Kreisel** fragt, was noch eingespart werden muss, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten oder bekommt man auch so einen genehmigungsfähigen Haushalt hin.

**Herr Müller-Bahr** antwortet, dass noch keine Information der Kommunalaufsicht vorliegt, aber es so aussieht, dass mit dem vorliegenden Haushalt eine Genehmigung möglich ist. Aber es gibt leider keine Möglichkeit das Defizit von 7,5 Mio. Euro auszugleichen. Eine Kürzung ist möglich, dies ist aber eine politische Entscheidung.

**Herr Turré** richtet noch eine Bitte an die Fraktionen, falls es noch Einsparvorschläge aus den Fraktionen geben sollte, bittet er darum, diese für die nächsten Sitzungen am 20.11.2025 oder 11.12.2025 vorzubereiten.

TOP 2.6 Schließung der Sitzung

Herr Turré bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.43 Uhr.



Marcus Turré  
Ausschussvorsitzender



Kirsten Schütze  
Protokollantin